

La vie des sociétés

Nouvelles constitutions

Sophia Institute s.à r.l.

Siège social: 59, route de Luxembourg, L-4761 Pétange
Capital social: 12.500 EUR (500 parts)

Associés: 1) Clara Susana Dos Santos Pereira, infirmière et ergothérapeute, demeurant à L-4761 Pétange, 250 parts, 2) Ricardo Caralampio Canovas Ruiz, licencié en philologie classique, demeurant à E-03300 Orihuela, 250 parts
Objet: l'organisation de formations, la consultance individuelle et d'entreprise et l'expertise spécialisée dans le domaine des soins de santé; l'achat et la vente, l'installation et le support de logiciels et d'équipements de sécurité ainsi que la fourniture de toutes prestations de services et autres éléments de hardware ou de software annexes ou complémentaires
Date de constitution: 27/03/2013

Beim Bienchen s.à r.l.

Siège social: 71, Grand-rue, L-3313 Bergem
Capital social: 12.500 EUR (100 parts)

Associée: Sabrina Heusbourg, éducatrice, demeurant à L-3313 Bergem
Objet: l'exploitation d'une crèche pour enfants
Date de constitution: 03/04/2013

CBxse s.à r.l.

Sitz: 6, rue de Rodembourg, L-6165 Ernster
Kapital: 12 500 EUR (100 Anteile)

Gesellschafter: 1) Claude Bormann, Geschäftsmann, wohnhaft in L-6165 Ernster, 90 Anteile, 2) Oxana Karankevych, Angestellte, wohnhaft in L-6165 Ernster, 10 Anteile
Zweck: regionale, nationale und weltweite Kurier- und Expressdienstleistungen sowie Mehrwertdienste und logistische Dienstleistungen, auch im Bereich innerbetriebliche Logistik wie z. B. Hausboten- und Poststellenservice
Gründung: 08/05/2013

1001 Créations s.à r.l.

Siège social: 1, route de Remich, L-5690 Ellange-Gare
Capital social: 13.000 EUR (1.000 parts)

Associés: 1) Michèle Fisch, indépendante, demeurant à F-57570 Cattenom, 750 parts, 2) David Jean Hocquaux, business analyst, demeurant à F-57570 Cattenom, 250 parts

Objet: la vente de matière première et d'objets confectionnés sur commande ainsi que l'animation d'atelier créatif afin de fabriquer de la fausse bijouterie, des objets de décoration et objets événementiels
Date de constitution: 23/05/2013

WishTree s.à r.l.

Siège social: 8A, rue de la Montée, L-7423 Dondelange
Capital social: 12.500 EUR (100 parts)

Associés: 1) Natacha Koch, commerçante, demeurant à L-7423 Dondelange, 50 parts, 2) Valérie Ricciardi, graphiste, demeurant à D-66706 Perl, 50 parts
Objet: toutes les activités en rapport avec l'événementiel, la création d'événements tels que mariages, communions, anniversaires, expositions, conférences, sans que cette liste ne soit ni limitative ou exhaustive
Date de constitution: 20/03/2013

VON PIERRE LEYERS

Die Luxemburger Fondsindustrie hat eine neue Trumpfkarte. Fundsquare, die neu gegründete Tochtergesellschaft der „Bourse de Luxembourg“, ist am 1. Juli gestartet. Mit Hilfe dieser Marktinfrastruktur für Investmentfonds soll der grenzüberschreitende Fondsvertrieb vereinfacht werden. Auch der Kostendruck dürfte durch die Bündelung der Ressourcen sinken.

Der Name ist Programm: Ein „Square“ ist im Englischen ein Versammlungs- und Marktplatz. Als Verb bedeutet „to square“ ausgleichen – Kaufleute nennen es „glattstellen“.

Die neue Börsentochter Fundsquare ist die logische Fortsetzung der bekannten Serviceplattform Finesti, die jetzt durch einen Order-Routing-Dienst erweitert wird. Seit der Gründung im April 1995 ist Finesti – früher CCLux – auf Zentralisierung, Aufbereitung und Vertrieb von Fondsinformationen spezialisiert. Diese umfassen kursrelevante Daten und Dokumente wie Nettoinventarwerte, Ad-hoc-Informationen, Verkaufsprospekte, Jahres- und Halbjahresberichte. Seit dem 1. Juli 2012 erweitern Anlegerinformationen (wie das vereinfachte Verkaufsprospekt KIID) verfügbaren Informationen.

Kostendruck und Regulierung als Treiber

Bis zum konsequenten Schritt, nicht nur Information und Reporting, sondern auch eine Fondshandelsplattform anzubieten, hat es einige Jahre gedauert. Der Fondsindustrie fehlte es bislang an Standards bei der Durchführung von Kaufs- und Verkaufsaufträgen. Was die Finanzmärkte seit Jahrzehnten kennen – automatisierte Standards –, will Fundsquare im Investmentfondsbe- reich einführen. Ihre Initiatoren

VON GERD HÖHLER (ATHEN)

Die reichen Bankkunden sollen für die Rettung der größten Bank Zyperns bluten, der Bank of Cyprus. Zyperns Regierung, die Zentralbank und die Troika verständigten sich am Sonntag darauf, dass Einlagen von mehr als 100 000 Euro mit einer Zwangsabgabe von 47,5 Prozent für die Rekapitalisierung der Bank herangezogen werden sollen. Nach diesem Modell sollen in Zukunft auch in anderen Euro-Staaten Pleitebanken gerettet werden. Aber die zyprischen Geldinstitute bleiben in der Gefahrenzone.

Bei der Konzeption des Zypern-Rettungspakets im März hatten die Euro-Finanzminister durchgesetzt, dass nicht die europäischen Steuerzahler sondern die Kunden der zyprischen Banken, darunter viele wohlhabende Russen und andere Ausländer, für die Rettung der Institute aufkommen sollen. Die Laiki Bank, das zweitgrößte Geldinstitut der Insel, wurde abgewickelt. Hier sind voraussichtlich alle ungesi-

Kauf- und Verkaufsaufträge beim grenzüberschreitenden Fondsvertrieb

Handelsplattform für

Fundsquare, die neue Tochtergesellschaft der „Bourse de Luxembourg“,



„Die Industrie erwartet diese Plattform“, sagt der CEO von Fundsquare, Dominique Valschaerts.

(FOTO: ANOUKANTONY)

sind überzeugt, dass die Zeit erst jetzt reif ist für eine derartige Initiative. „Der grenzüberschreitende Fondsvertrieb hat seit der Jahrhundertwende einen rasanten Aufstieg erlebt“, erklärt Dominique Valschaerts, CEO von Fundsquare. Besonders in den asiatischen Schwellenmärkten steigt die Nachfrage nach Investmentfonds, die unter Luxemburger Ucits-Regeln aufgelegt sind. „Hinzu kommt, dass die Fondsprodukte immer komplexer werden“, fügt der CEO hinzu. Das wiederum

mache die Ausführung der Aufträge aufwändiger.

Auch der durch die Finanzkrise und die Regulierungsflut gestiegene Kostendruck auf die einzelnen Akteure motivierte zum Aufbau einer Plattform zur Zusammenführung des Handels.

Obwohl die „Bourse de Luxembourg“ die anfänglichen Investitionen in Millionenhöhe übernahm, ist sie nicht allein die treibende Kraft hinter „Fundsquare“. Sie hat sich mit 23 führenden Fondsdienstleis-

tern und Finanzinstituten zusammengetan, um das Projekt auf die Beine zu stellen. Die Plattform soll schließlich den Erwartungen der Marktteilnehmer gerecht werden. Sie soll ihnen auch gehören, sobald sie ihre volle Leistungsfähigkeit entfaltet hat.

Strategische Partnerschaft mit Swift und Altus

Noch ist die Luxemburger Börse alleiniger Aktionär von „Fundsquare“. Auch künftig will sie einen be-

Zyperns Banken sind noch nicht ge

Die Kapitalflucht von der Kriseninsel nimmt immer bedrohlichere

cherten Einlagen über 100 000 Euro verloren. Kleinere Guthaben sowie Kredite der Laiki Bank gehen auf die Bank of Cyprus über. Dort wurden im März zunächst 37,5 Prozent der Guthaben über 100 000 Euro im Hinblick auf das geplante „Bail-in“, also die Heranziehung der Bankkunden zur Rekapitalisierung, eingefroren.

Weitere 22,5 Prozent wurden als Sicherheitspuffer blockiert, für den Fall eines größeren Kapitalbedarfs. Mit 47,5 Prozent liegt die Zwangsabgabe zwar über den anfänglich angesetzten 37,5 Prozent. Viele Analysten hatten jedoch mit 60 Prozent oder mehr gerechnet. Insofern stellt die Quote eine positive Überraschung dar.

Aber gerettet ist mit dem Bail-in die Bank of Cyprus keineswegs. Und auch die anderen zyprischen Banken sind noch nicht aus der Gefahrenzone. Zwar gelten auf der Insel seit März strikte Beschränkungen für Geldgeschäfte. Bankkunden dürfen maximal 300 Euro pro Tag abheben, Auslandstransfers sind auf

5 000 Euro monatlich begrenzt. Mit den Restriktionen wurde eine der Grundregeln der Euro-Zone, der freie Kapitalverkehr, suspendiert. Dennoch – oder gerade deswegen –

fließt ständig mehr Geld aus Zypern ab. Im Mai fielen die Einlagen um 1,44 Milliarden Euro auf 55,9 Milliarden, ein Minus von 23 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Firmen und



Die reichen Bankkunden sollen für die Rettung der größten Bank Zyperns bluten, der Bank of Cyprus.

(FOTO: REUTERS)

werden standardisiert

Fonds

ist am 1. Juli gestartet

trächtlichen Anteil am Kapital behalten. Ausdrücklich besteht aber der Wunsch, weitere Aktionäre mit an Bord zu nehmen. Idealerweise soll „Fundsquare“ in absehbarer Zukunft als das branchenweisende Marktinstrument von ihren Nutzern verwaltet werden. Dominique Valschaerts ist überzeugt: „Die Industrie wartet auf diese Plattform.“ Schnelligkeit war beim Aufbau Trumpf, weshalb die Börse in der Anfangsphase die Rolle des Initiatoren allein übernahm.

Der CEO unterstreicht, dass die Nutzung der Plattform für Kunden „einfach und flexibel“ ist.

Das Ziel ist hoch gesteckt: In den nächsten fünf Jahren wollen die Betreiber einen Marktanteil von 35 Prozent erreichen. Ein beträchtlicher Anteil angesichts der Tatsache, dass Luxemburg beim grenzüberschreitenden Vertrieb von Fonds weltweit führend ist. Drei von vier Investmentfonds, die grenzüberschreitend angeboten werden, sind Fonds unter Luxemburger Recht.

Ein wesentlicher Bestandteil von Fundsquare ist die Datenbank von Finesti, die alle existierenden Luxemburger Investmentfonds abdeckt. Weiteres Element der technischen Ausstattung bildet eine Nachrichtenzentrale, die von der „Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunication“ – besser bekannt als Swift – zur Verfügung gestellt wird. Das internationale

Netzwerk wickelt Transaktionen zwischen mehr als 8 000 Geldinstituten ab, wovon viele in der Fondsindustrie tätig sind.

Die dritte Komponente liefert die britische Firma Altus, die für die Benutzeroberfläche verantwortlich ist.

Swift und Altus bringen wertvolles Know-how über Kommunikation und Betriebsmodelle in die strategische Partnerschaft mit Fundsquare ein.

Wenn die Luxemburger Börse Anfang nächsten Jahres von ihrem Sitz an der Avenue de la Porte-Neuve in ihren moderner Bürokomplex an der Ecke Avenue Emile Reuter - Avenue Joseph II zieht, wird auch die Tochter Fundsquare mit ihren derzeit 45 Mitarbeitern mit umziehen.

Fundsquare befindet sich zwar in Luxemburg, richtet sich aber nicht nur an lokale Akteure. Die Betreiber der Plattform wollen weltweit Kunden hinzu gewinnen.

Der nächste Wettbewerber ist weit weg. In den USA unterhält NSCC eine Plattform mit ähnlicher Funktion, jedoch mit regionaler Ausrichtung. Die Chancen, dass Fundsquare zumindest in Europa zur Topadresse wird, stehen gut.

Für die „Bourse de Luxembourg“, die international bei der Platzierung von Anleihen einen herausragenden Platz einnimmt, könnte sich eine Erfolgsgeschichte wiederholen.



Das Firmenlogo der neuen Börsentochter.

rettet

Ausmaße an

Privatanleger versuchen, ihre Euros in Sicherheit zu bringen, so lange sie es noch können. Die Zwangsabgabe hat nicht nur das Vertrauen der Spekulanten in den Finanzplatz Zypern zerstört, auch Kleinsparer fürchten um ihre Gelder. Die Banken bluten aus.

Besonders prekär ist die Lage der Bank of Cyprus, die seit März unter Verwaltung der Zentralbank steht. Sie hat nicht nur von der Laiki jede Menge faule Kredite übernommen, sondern bekam auch noch deren Verbindlichkeiten gegenüber der zyprischen Zentralbank aufgesetzt. Dort steht die Laiki mit 9,2 Milliarden Euro in der Kreide. Mit Billigung der Europäischen Zentralbank versorgte die zyprische Notenbank die Laiki bis kurz vor der Schließung mit Liquidität, obwohl der Zusammenbruch absehbar war. Jetzt sollen die Kunden der Bank of Cyprus dafür geradestehen. Das Institut könnte unter der Last der Laiki-Altschulden und ihrer faulen Kredite zusammenbrechen, fürchten Beobachter – vor allem, wenn

die Kapitalverkehrskontrollen aufgehoben werden und die Kunden dann womöglich massiv Einlagen abziehen.

Als einzige der drei großen zyprischen Banken funktioniert nur noch die Hellenic Bank einigermaßen normal. Sie kämpft allerdings mit wachsenden Kreditausfällen, weil viele zyprische Firmen und Privathaushalte ihre Darlehen nicht zurückzahlen können. Zyperns Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich um zehn Prozent schrumpfen, die Arbeitslosenquote dürfte knapp 16 Prozent erreichen.

Faule Kredite belasten auch die Bilanzen der zyprischen Genossenschaftsbanken, die bisher als solide aufgestellt galten. Wegen dramatisch abstürzender Immobilienpreise verlieren die Banken allerdings jetzt bei den Hypothekenkrediten ständig mehr Sicherheiten. Über kurz oder lang müssen deshalb wohl auch die Genossenschaftsbanken rekapitalisiert werden. Wo das Geld dafür herkommen soll, ist bisher unklar.

Apple bleibt Ausbeuterkonzern

Arbeitsbedingungen bei Zulieferern haben sich weiter verschlechtert



Kritiker werfen Apple vor, seine Auftragshersteller gezielt gegeneinander auszuspielen.

(FOTO: AFP)

VON FELIX LEE
(BEIJING)

Bislang stand der Apple-Zulieferer Foxconn am Pranger. Nun stellt sich heraus: Die Arbeitsbedingungen beim neuen Hersteller Pegatron sind noch schlimmer. Kritiker werfen Apple vor, seine Auftragshersteller gezielt gegeneinander auszuspielen. Eigentlich hatte Apple Besserung gelobt und versprochen, für bessere Arbeitsbedingungen bei seinen Zulieferfirmen in China zu sorgen. Doch weit gefehlt. Die unabhängige Arbeitnehmerorganisation China Labor Watch (CLW) mit Sitz in den USA kommt in ihrer jüngsten Untersuchung zu dem Ergebnis: Die Bedingungen, unter denen iPhones, iPads und MacBooks in der Volksrepublik hergestellt werden, haben sich im Vergleich zu vorherigen Untersuchungen noch einmal deutlich verschlechtert.

Die Organisation wirft der Apple-Zulieferfirma Pegatron die Beschäftigung von Minderjährigen vor, Überstunden würden systematisch unterschlagen, die Zustände in den Unterkünften seien schlecht. Hinzu kommen miserable Arbeitsschutzbestimmungen, Misshandlung durch Manager sowie Umweltverschmutzung. Und um ihren ohnehin niedrigen Lohn würden die Beschäftigten auch geprellt.

In den vergangenen Jahren stand Apple vor allem wegen der Zustände bei Foxconn in der Kritik, seinem bisherigen Zulieferer. Um den drohenden Imageschaden zu begrenzen, hat der US-Konzern einen Teil seiner Produktion inzwischen jedoch zum Foxconn-Konkurrenten Pegatron verlagert. So

wohl Foxconn als auch Pegatron sind taiwanische Firmen, haben ihre Fertigungsstätten mit vielen hunderttausend Beschäftigten aber vor allem in der Volksrepublik. Nun hat China Labor Watch von März bis Juli mithilfe von verdeckten Ermittler gezielt die Verhältnisse in drei Pegatron-Fabriken untersucht und dort die Mitarbeiter befragt.

Das Ergebnis ist erschreckend: So liegt nach CLW-Angaben die durchschnittliche Arbeitszeit bei den drei untersuchten Fabriken zwischen 66 und 69 Stunden. Apple hatte noch vor wenigen Wochen von 46 Stunden gesprochen. CLW jedoch berichtet, Arbeiter seien unter Druck gesetzt worden, Formblätter zu unterschreiben, um die wahre Zahl zu vertuschen. Zudem kritisiert die Organisation, dass mehr als 10 000 Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren in völlig überfüllten Fabrikhallen arbeiteten. Sie werden als „Praktikanten“ deklariert und würden mit umgerechnet unter 200 Euro im Monat entsprechend gering entlohnt.

„Die Arbeitsbedingungen in Pegatron-Fabriken sind noch schlimmer als in Foxconn-Fertigungsstätten“, kritisierte CLW-Direktor Li Qiang bei der Vorstellung des Berichts am Montag in New York. Anstatt die Arbeitsstandards zu erhöhen, würde der US-Konzern seine Vertragsfirmen in China gezielt gegeneinander ausspielen. Auf diese Weise habe Apple die Bedingungen von Arbeitern verschlimmert.

Der am Pranger stehende Apple-Konzern teilte in einer kurzen Stellungnahme mit, er fühle sich „sicheren und gerechten Arbeitsbedingungen“ verpflichtet. Die Vorwürfe

in dem CLW-Bericht würden unverzüglich und gründlich untersucht. „Wir lassen keine Abweichungen von unserem Verhaltenskodex zu“, versicherte die Konzernzentrale im kalifornischen Cupertino. Und auch Pegatron-Chef Jason Cheng nahm in Taiwan kurz Stellung: Sein Unternehmen nehme die Vorwürfe sehr ernst und eventuelle Verstöße gegen chinesisches Arbeitsrecht oder eigene Standards würden angegangen.

Dass die Missstände vor allem in chinesischen Fabriken der Auftragshersteller von Apple auffallen, ist sicherlich nicht dem Zufall geschuldet. An der chinesischen Gesetzgebung liegt es aber nicht. Unabhängige Gewerkschaften sind in der Volksrepublik zwar nicht erlaubt. Das chinesische Arbeitsrecht sieht Mindestlöhne, Arbeitszeite Regelungen und klare Arbeitsschutzbestimmungen vor, die mit denen in Europa durchaus mithalten können. Es hapert jedoch an der Umsetzung.

Apple weiß diese Situation geschickt für sich zu nutzen. Auf Druck nicht zuletzt auch der chinesischen Behörden hat Foxconn die Löhne seiner Beschäftigten in den vergangenen Jahren deutlich erhöht.

Apple hat daraufhin seine Aufträge zunehmend an Pegatron vergeben, der seine Zahl der Mitarbeiter erst im Frühjahr von 50 000 auf 70 000 erhöht hat. China Labor Watch hebt in seinem Bericht hervor, dass Apple bei Qualitätsmängeln „keinerlei Toleranz“ erlaubt und sofort reagieren würde. Bei der Missachtung von Arbeitnehmerrechten würde die Dringlichkeit nicht gesehen.

Ryanair en chute libre

Le bénéfice net dégringole de 21 % au premier trimestre

Dublin. La compagnie aérienne irlandaise à bas coûts Ryanair a enregistré une chute de son bénéfice net au premier trimestre en raison de la hausse de sa facture de carburant et du positionnement de Pâques dans le calendrier, mais a confirmé ses prévisions annuelles.

Le bénéfice net de Ryanair a reculé de 21 % à 78,1 millions d'euros entre avril et juin, premier trimestre de son exercice décalé 2013-2014, a précisé la compagnie dans un communiqué.

Cette chute est due en particulier à une hausse de 6 % de sa facture de carburant, a expliqué la compagnie. Ryanair a également été pénalisée sur le trimestre par Pâques qui avait eu lieu l'an dernier en avril et avait donc bénéficié à ses comptes du premier trimestre contre le 31 mars cette année. La compagnie a également souffert en raison de la grève des contrôleurs aériens en France au mois de juin.

Son chiffre d'affaires a en revanche progressé de 5 % à 1,342 milliard

d'euros et le nombre de passagers de 3 % à 23,2 millions. Malgré cette chute de son bénéfice, le groupe a confirmé ses prévisions «prudentes» pour l'ensemble de l'exercice. Ryanair, qui met en garde contre des conditions de marché «difficiles» en raison de la «récession, de l'austérité, de coûts du carburant élevés et de taxes gouvernementales excessives», table donc toujours sur un bénéfice net annuel compris entre 570 et 600 millions d'euros, contre 569,3 millions l'an dernier. (AFP)